

ERKLÄRUNG DER LANDESHAUPTLEUTE

25 JAHRE EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 8. November 2019

Präambel

1. Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde nach jahrelangen Forderungen europäischer Länder und Regionen durch den Vertrag von Maastricht als institutionalisierte konsultative Interessenvertretung der Regionen und Gemeinden der Europäischen Union errichtet. Seine erste Plenartagung fand im März 1994 statt, er begeht damit heute sein 25-jähriges Bestehen. Der AdR spielt eine wesentliche Rolle bei der Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in unserem vereinten Europa. Wir bekennen uns ausdrücklich zu seiner Bedeutung.
2. Die primäre Zielsetzung, die Stärkung der europarechtlichen und europapolitischen Rolle der Regionen auf europäischer Ebene, insbesondere der Mitspracherechte im EU-Rechtsetzungsverfahren, konnte in den vergangenen 25 Jahren zu einem beachtlichen Teil verwirklicht werden. Der Vertrag von Amsterdam dehnte den Zuständigkeitsbereich des AdR auf etwa zwei Drittel der EU-Rechtsetzungsvorschläge aus, im Vertrag von Lissabon erhielt der AdR das wichtige Recht, Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip durch Klage vor dem Europäischen Gerichtshof geltend zu machen, was seine Stellung im institutionellen Gefüge der EU erheblich stärkte.

Bedeutung

3. Die Landeshauptleute sind der Überzeugung, dass der AdR heute ein unverzichtbares Mitwirkungsinstrument der Regionen auf europäischer Ebene ist, da es der AdR ihnen ermöglicht, sich im institutionellen Gefüge der EU direkt Gehör zu verschaffen und ihre Standpunkte über ein offizielles Verfahren einzubringen. Insbesondere die verpflichtende Befassung bei drohender Verletzung des Subsidiaritätsprinzips bis hin zur Klagsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof verleihen ihm essentielle Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte.
4. Im AdR wirken Vertreter von Städten, Gemeinden und Regionen aller EU-Mitgliedstaaten an der Erarbeitung des Unionsrechts mit und bringen so als zentrale Akteure regional- und lokalspezifische Interessen ohne Umwege in den EU-Gesetzgebungsprozess ein. Die Landeshauptleute erwarten, dass die Stellungnahmen des AdR in Zukunft stärker in den Legislativprozess von Kommission, Rat und Europäischem Parlament einfließen und konkreter umgesetzt werden als bisher.
5. Der AdR ist unverzichtbar, wenn es darum geht, regionale und lokale Gegebenheiten in der europäischen Normensetzung abzubilden und das Bewusstsein für EU-Themen in den Regionen und Kommunen zu verankern.

6. Der AdR bringt die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern näher und fördert deren Teilhabe an Europa. Durch die Einbeziehung der regionalen und kommunalen Mandatsträger, die mit den Anliegen ihrer Wählerinnen und Wähler am besten vertraut sind, trägt der AdR wesentlich dazu bei, die häufig zurecht beklagte Distanz zwischen diesen und den EU-Institutionen zu verringern.
7. Wir tragen dafür Sorge, regionale und lokale Anliegen wirkungsvoll auf europäischer Ebene zu vertreten. Für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Ländern ist es überaus wichtig, dass die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Besonderheiten der Regionen in einem gemeinsamen Europa respektiert und ihre spezifischen Bedürfnisse in die politische Gestaltung einbezogen werden.
8. Wir stehen an einem Wendepunkt und sind mit großen globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Digitalisierung, der Sicherheit und der Migration, konfrontiert, denen Europa bürgerorientiert begegnen muss. Wir sind davon überzeugt, dass der AdR die notwendige Brückenfunktion zwischen den EU-Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen, Städten und Gemeinden erfüllt und weiter noch verstärkt erfüllen muss. Auf die Ergebnisse des Hochrangigen Forums Afrika-Europa 2018 in Wien zum Thema „Taking cooperation to the digital age“ wird hingewiesen.
9. Der AdR wacht über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Nach dem Subsidiaritätsprinzip müssen Entscheidungen auf der jeweils am besten geeigneten Ebene - vorzugsweise ist dies die regionale und lokale Ebene - getroffen werden, und das Netzwerk für Subsidiaritätskontrolle des AdR ermöglicht es, rasch Verletzungen dieses Prinzips festzustellen und effektiv geltend zu machen. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die Maßnahmen der EU nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen, was in Stellungnahmen des AdR zu EU-Gesetzgebungsvorhaben immer wieder eingemahnt wird.
10. Damit der territoriale Zusammenhalt gewährleistet ist, müssen den Regionen und Städten die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb fordert der AdR, für die EU-Regionalpolitik auch künftig ein Drittel des EU-Haushalts bereitzustellen, wobei diese Gelder allen Regionen zugutekommen müssen. Eine Kürzung dieser Mittel oder eine Zusammenlegung von Fonds würde die Fähigkeit der Regionen und Kommunen schwächen, ein solidarisches Europa zu schaffen.
11. Der AdR stellt die Zusammenarbeit aller politischen Entscheidungsebenen in den Vordergrund. Die europäische, nationale, regionale und lokale Ebene können nur gemeinsam eine immer stärkere und engere Union der europäischen Bürgerinnen und Bürger schaffen, die es als tragfähiges Fundament ermöglicht, heutigen und künftigen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Dieses partnerschaftliche Mehrebenensystem prägt die Arbeit des AdR, wir bekennen uns ausdrücklich zu dieser Kultur der Multi-Level-Governance.
12. Dem Ausbau und der Stärkung der regionalen und lokalen grenzübergreifenden Zusammenarbeit räumt der AdR einen zentralen Stellenwert ein. Er leistete unter österreichischem EU-Vorsitz einen wertvollen Beitrag zur Erlassung der EVTZ-Verordnung sowie zu deren Novellierung, die wesentliche Erleichterungen für das Gründungsverfahren brachte. Auch die Errichtung der Europäischen Makroregionalen Strategien für den Donauraum und für den Alpenraum wurde vom AdR wesentlich vorangetrieben.

Zukunft

13. An der Weiterentwicklung und Stärkung der institutionalisierten Vertretung der Regionen in der EU führt kein Weg vorbei. Wir betonen, dass einer der Grundgedanken der Europäischen Union in der Überwindung des Nationalismus liegt und dass wohlverstandener Regionalismus einer der tragenden Pfeiler des Friedensprojektes Europa ist und bleibt.
14. Wir bestehen auf eine noch stärkere Beteiligung der Gemeinden und Regionen an der Gestaltung und Durchführung des europäischen Projekts. Trotz der kontinuierlichen Ausweitung seiner Kompetenzen und politischen Rolle bleibt die Weiterentwicklung des AdR in Richtung rechtlich abgesicherter Mitentscheidungsbefugnisse im EU-Rechtsetzungsprozess ein Ziel der europäischen Regionen.
15. Unter Bezugnahme auf den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 10. November 2017 zum „EU-Zukunftsszenario der Österreichischen Länder“ fordern wir, das Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip im EU-Gesetzgebungsprozess konsequenter und frühzeitiger als bisher zu beachten, um diesem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Aufrechterhaltung regionaler Gestaltungsspielräume tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen. Bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips müssen im Sinne eines neuen Verständnisses von „aktiver Subsidiarität“ dessen Kriterien geschärft, die Frist für die Subsidiaritätsprüfung verlängert und die Auseinandersetzung der Kommission mit begründeten Stellungnahmen intensiviert werden.
16. Wir sind zudem der Auffassung, dass eine schärfere Unterscheidung zwischen Politikfeldern mit besonderem EU-Mehrwert - wie Forschung, Innovation und Digitalisierung, innere und äußere Sicherheit, Außengrenzschutz und Vertretung Europas in der Welt - und Politikfeldern, in denen der Mehrwert von EU-Regelungen kritisch zu hinterfragen ist - wie Kultur, Tourismus, Bildung, Jugend, Sport und Katastrophenschutz - sinnvoll wäre. Die Kommission soll EU-Regelungen nur bei eindeutiger EU-Kompetenz vorschlagen, Richtlinien tatsächlich als Zielvorgaben mit allgemeinen Grundsätzen gestalten und so regionale und nationale Kompetenzen achten.
17. Die Forderung nach Achtung regionaler Gestaltungsspielräume gilt auch für die anstehende Verlängerung der EU-Förderprogramme und die Gebietskulisse für Regionalbeihilfen, die ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand sowie mit vereinfachten Verfahren festgelegt werden müssen.
18. Wir erachten die Einrichtung von Plattformen im AdR für den Austausch von Erfahrungen zwischen lokalen und regionalen Bediensteten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AdR und technischen Experten als sinnvoll.
19. Die EU-Politik muss vor Ort verankert sein, um nachhaltig Positives für das Leben der Menschen zu bewirken und die demokratische Legitimität der EU zu festigen. Eine strukturierte, transparente und wirksame Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu europäischen Themen von lokaler oder regionaler Relevanz soll gewährleistet werden, etwa durch die Einrichtung lokaler Bürgerversammlungen und ständiger Dialoge mit Beteiligung lokaler und regionaler Politikerinnen und Politikern und von Organisationen der Zivilgesellschaft.

20. Wir fordern den AdR auf, sich für einen weiteren Ausbau der Möglichkeiten der regionalen und lokalen grenzübergreifenden Zusammenarbeit - unabhängig vom Wohlwollen der beteiligten Staaten - einzusetzen: Grenzübergreifende Zusammenarbeit soll auch im hoheitlichen Bereich, welcher den Regionen von der jeweiligen staatlichen Verfassung zugeordnet wurde, ermöglicht werden.
21. Die Regionen bilden das starke Rückgrat der EU – die dort getroffenen Entscheidungen wirken sich wesentlich auf die Menschen in den Mitgliedsländern aus. Umso wichtiger ist es, dass die Regionen innerhalb der EU die Bedeutung erhalten, die ihnen zusteht. Ihre Zuständigkeiten müssen geachtet und ihre Partizipationsmöglichkeiten weiter gestärkt werden. Das betrifft die Vertiefung des politischen Dialogs ebenso wie die Einbeziehung des AdR und die Stärkung der Landes- und Regionalvertretungen in Brüssel im Sinne einer gelebten Partnerschaft.
22. Es ist unser aller Aufgabe, die Europäische Union jetzt gemeinsam mitzugestalten, damit wir auch künftig in einem friedvollen Europa leben können – einem Europa, das eine intakte Umwelt, Innovation, Forschung und Entwicklung, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit sichert. Wir sind überzeugt, dass dazu starke Regionen, Städte und Gemeinden einen entscheidenden Beitrag leisten können.